

A N F R A G E von Walter Schoch (EVP, Bauma) und Kurt Leuch (EVP, Oberengstringen)

betreffend Legislaturziele des Regierungsrates 2008-2011; Massnahmen zur Unterstützung interkommunaler Zusammenarbeit

Gemäss den Legislaturzielen 2008-2011 beabsichtigt der Regierungsrat, die Gemeinden in ihrer selbstständigen und effizienten Aufgabenerfüllung zu stärken (KEF 2008: 14f). Eine Gemeindestrategie soll erarbeitet werden, die aufzeigt, wie der Kanton im Bereich der Gemeindestrukturen und der interkommunalen Zusammenarbeit Gemeindereformen unterstützen will. Demnach sollen die Gemeinden in der Lage sein, ihre Kernaufgaben selbstständig und kostengünstig zu erfüllen.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. In welchen Aufgabenbereichen der Gemeinden erkennt der Regierungsrat Verbesserungspotenzial in Bezug auf Qualität und Kosten der Leistungserbringung durch eine interkommunale Zusammenarbeit?
2. Es ist allgemein bekannt, dass durch eine Vergrösserung der Gemeinden durch Gebietsreformen nicht zwingend positive Skaleneffekte entstehen; vielmehr ergeben sich Vorteile, wenn eine grössere Anzahl Gemeinden in einem bestimmten Bereich zusammenarbeitet.
Wie und durch welche konkreten Massnahmen will der Regierungsrat die interkommunale Zusammenarbeit anstossen und unterstützen?
3. In privaten Holdinggesellschaften ist es längst üblich, Tresorerieaufgaben zentral wahrzunehmen. Im Kanton Zürich muss in 171 Gemeinden ein Anlage-, Schulden- und Liquiditätsmanagement betrieben werden. Allein die Führung eines Cash-Pools würde durch die Anlage der frei gewordenen Mittel eine erkleckliche Summe abwerfen.

Sieht der Regierungsrat Möglichkeiten, in diesem Bereich die Gemeinden zu unterstützen oder diesen seitens des Kantons entsprechende Dienstleistungen anzubieten?

Walter Schoch
Kurt Leuch